



---

## Profil

vom 11. März 2010

---

# Lazar, Monika,

# Inhalt

Hang zum Rechtspopulismus

Berliner Zeitung

10.03.2010

# Hang zum Rechtspopulismus

*Experten diskutieren über Entsolidarisierung durch Eliten*

VON SARAH TESCHLADE

**B**ERLIN. In der Gesellschaft lässt sich eine deutliche Tendenz zur Entsolidarisierung gegenüber Schwächeren beobachten. Dies ist das Ergebnis des im Dezember 2009 erschienenen Bandes der Studie „Deutsche Zustände“ des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer. Dieser Trend wird durch die Finanzkrise und die darauf folgende Wirtschaftskrise noch verstärkt. Trotz hoher Unzufriedenheit und dem Wunsch nach Veränderung bleibt laut Studie die politische Beteiligung der Bürger jedoch aus. Schlimmer noch – der Wut über die Krise werde durch Abwertung von Minderheiten Luft gemacht. Wie aber reagieren Politik und Zivilgesellschaft auf diese Bedrohung eines Rechtsrucks der Gesellschaft? Was wird getan, um die demokratische Kultur nicht kampflos aufzugeben? In einer Podiumsveranstaltung am Montagabend in der Heinrich-Böll-Stiftung wurden diese Fragen diskutiert.

Der Journalist und Autor Albrecht von Lucke machte deutlich, dass der Rechtspopulismus längst auch in den Debatten der gesellschaftlichen und politischen Elite Einzug gehalten habe. Nach Thilo Sarrazin und dem Philosophen Peter Sloterdijk sei Guido Westerwelle

mit seinen abwertenden Äußerungen über Hartz-IV-Empfängern das aktuellste Beispiel für einen „Elite-Rassismus“, den man in der Gesellschaft immer häufiger finde. Kein Politiker würde sich wirklich von solchen Aussagen distanzieren. Die Öffentlichkeit kritisiere meist lediglich den Ton – über die Sachlage scheinen sich jedoch alle einig zu sein.

Auch Wilhelm Heitmeyer bezeichnete diese Entwicklung als gefährlich. Dass die politischen Eliten soziale Ungleichheit als Ungleichwertigkeit ansähen, verschlimmere die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen wie der Langzeitarbeitslosen, sagte er. In Deutschland wäre durchaus rechtspopulistisches Potenzial vorhanden – es habe bisher lediglich an Politikern gefehlt, die das aktiv aufgreifen und verbreiten, warnte er.

Die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar (Grüne) gab zu bedenken, dass der Staat von vielen als Unrechtsstaat wahrgenommen werde: „Rechtspopulisten wie die autonomen Nationalisten nutzen genau solche Gefühle für ihre Zwecke“. Die Politiker müssten die Probleme der Bevölkerung ernst nehmen, um der immer größer werdenden Demokratieskepsis entgegenzuwirken. Nur so könne das System gerettet werden.